

verteidigen, was sie sagen, sondern nur ihr Recht, es frei zu sagen, und das ohne Rücksicht auf die Regierung und den Staat, die sie daran hindern“ (S. 81). Es bedarf keiner Phantasie, um sich auszumalen, in welchem Maße AI darauf angewiesen ist, um der Glaubwürdigkeit dieser Zielsetzung willen ihre fundamentalen Prinzipien der Neutralität, der Ausgewogenheit und der Unabhängigkeit unter allen Umständen strikt zu wahren. Ständig schwebt das humane Prestige dieser Bewegung in der Gefahr, von den verschiedensten politischen Kräften vor den Karren der eigenen ideologischen Agitation gespannt zu werden. In einer sich zunehmend radikalisierenden Welt, deren favorisiertes politisches Verständigungssymbol emporgereckte Fäuste zu werden drohen, kann es nicht wundernehmen, daß die Auseinandersetzungen um die Legitimität von Gewalt auch eine Organisation wie Amnesty International nicht verschont haben. Bislang ist es AI gelungen, an der Unterscheidung zwischen „Gewissensgefangenen“ und politischen Gewalttätern festzuhalten<sup>2</sup>: Von AI individuell publizistisch und karitativ betreut („adoptiert“) werden nur Gefangene der erstgenannten Kategorie. Ohne Bedeutung ist die Unterscheidung allerdings, wenn es für Amnesty International darum geht, sich für die auch einem politischen Gewalttäter nicht vorenthaltbaren elementaren Rechtsgrundsätze wie *faïres Verfahren* und Folterverbot einzusetzen. So schillernd immer der Gewaltbegriff sein mag, AI sieht ihre Aufgabe zu Recht darin, „Waffengleichheit“ zu propagieren nicht durch Ermunterung der jeweiligen Opposition zum gewaltsamen Widerstand, sondern durch den Appell an die Machthaber, auf Gewalt zu verzichten. Nur vordergründig mag es so scheinen, als stehe AI hier auf verlorenem Posten. Gewiß kämpft diese „machtlose Schutzmacht der Menschenrechte“<sup>4</sup> mit nichts in der Hand als der öffentlichen Meinung. Dennoch — und hier taten die Verfasser gut daran, am Schluß ihres Buches einen Mann wie Leonid Pljuschtsch zu Wort kommen zu lassen, der weiß, wovon er spricht: „Der Kampf für die Menschenrechte ist der Kampf für das Überleben unserer Zivilisation.“

Karl Hernekamp

BETTINA DECKE

### **Industrialisierung und Herrschaft in Südafrika**

Luchterhand — Berlin und Neuwied 1972

Mit dem Buch unternimmt die Autorin — nach eigenen Angaben — den Versuch, die bisher fehlende Analyse der Bedeutung der Goldindustrie für die Herausbildung des südafrikanischen Herrschaftssystems zu liefern. Dabei werden zunächst die Funktionen beschrieben, die das Kap der Guten Hoffnung für das europäische „Handelskapital“ hatte, und die Konsequenzen daraus gezogen, die sich für die südafrikanischen ethnischen und sozialen Gruppen ergaben.

Vor der Entdeckung von Gold und Diamanten hatte das Kap für die Europäer vorwiegend strategische Bedeutung. Als Folge seiner geographischen Lage am

<sup>2</sup> Das Stockholmer Statut von 1968 definiert den Gewissensgefangenen als „eine Person, die unter Mißachtung der Schutzbestimmungen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verhaftet, gefangen, auf andere Weise physischem Zwang ausgesetzt oder Freiheitsbeschränkungen unterworfen ist, und zwar aufgrund ihrer politischen, religiösen oder anderen geistigen Überzeugung, aufgrund ihrer ethnischen Abstammung, ihrer Hautfarbe oder ihrer Sprache — vorausgesetzt, daß sie Gewalt nicht angewendet und sich für die Anwendung von Gewalt auch nicht eingesetzt hat“ (a. a. O., S. 89).

<sup>3</sup> Jede der 1874 AI-Gruppen in 33 nationalen Sektionen betreut je einen Gefangenen aus dem Westen, dem Osten und aus der Dritten Welt, nie jedoch einen Gefangenen im eigenen Land. Das gilt auch für die Bundesrepublik und die DDR, vgl. im einzelnen a. a. O., S. 90 ff.

<sup>4</sup> Maria Frisé, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 246 vom 22. 10. 1977.

äußersten südlichen Zipfel des afrikanischen Kontinents diente es als Nachschubstation auf dem Seeweg von Europa nach Indien und als militärischer Brückenkopf zugleich. Für die Ur-Einwohner des Landes, denn es war ja kein unbewohntes Land, bedeutete die Ankunft der Europäer zunächst die Einrichtung eines regen Tauschhandels (Vieh und Lebensmittel gegen wertlosen Schmuck oder Branntwein), später die Vertreibung und schließlich die Annexion der von ihren Stämmen bewohnten Gebiete oder Krieg, wie die sog. Kaffernkriege beweisen. Für die Buren endete, nachdem sie selbst die Eingeborenen unterworfen hatten, die Kap-Expedition nach der Besetzung des Kaps durch die Engländer mit dem großen Treck, auf dem sie ihren neugewonnenen Landbesitz verließen.

Das wesentliche Element des nachhaltigen Strukturwandels in Südafrika war jedoch die Proletarisierung der Afrikaner, die nach der Investition von europäischem (vorwiegend englischem) Kapital als preiswerte Arbeitskräfte dieses Kapital vermehren sollten. Am Anfang dieses Entwicklungsprozesses stand die Gründung der De-Beers-Diamanten-Gesellschaft (1881), die den Markt der in Südafrika und später weltweit produzierten Diamanten kontrollieren sollte. Es folgte die Chamber of Mines (1889), in der die gesamte nennenswerte Goldindustrie des Landes zusammengeschlossen war. Wegen der vielschichtigen („absoluten“, S. 26) Kontrolle, die die Chamber of Mines über die südafrikanischen Arbeiter, die etwa 90 Prozent der Belegschaft in den Bergwerken bildete, ausübte und noch ausübt, bezeichnet die Autorin dieses Organ als den „großen Industriefeudalisten“.

Die Basis für das — bis heute in den Grundzügen unveränderte — Verhältnis zwischen Großkapital und Politik wurde ebenfalls gegen Ende des 19. Jahrhunderts gelegt:

Als Premier der Kapprovinz war der Brite Cecil John Rhodes zugleich „Managing Director“ der De Beers Company und der Consolidated Goldfields und kontrollierte zugleich die British South Africa Company. Der industrielle Einfluß der Engländer war damit nahezu unerschütterlich. Diese Vormachtstellung des britischen Elementes in der südafrikanischen Industrie ist bis heute erhalten geblieben. Die Etablierung und Leitung der Hauptindustriezweige wie Diamanten-, Gold-, Kohle-, Erz- und Dynamitindustrie hat eben nicht nur die Proletarisierung der schwarzen Ureinwohner Südafrikas erzwungen, sondern hat auch die burischen Kolonisten, hauptsächlich Ackerbau und Viehzucht betreibende Landbewohner, in eine besondere Art von Abhängigkeit gebracht. So war es eine natürliche Konsequenz, daß sich die Angehörigen jeder der beiden (weißen) Bevölkerungsgruppen in jeweils einer politischen Partei zusammenfanden, die englischen Südafrikaner in der United Party und die holländisch-burischen in der National Party.

Trotz des gewaltigen wirtschaftlichen Einflusses ist es der englischen Gruppe jedoch bis heute nicht gelungen, die maßgebliche politische Kontrolle über das Land auszuüben. Vielmehr hat sich die Auseinandersetzung mit dem holländischen Element, den Buren, von dem ersten Aufeinandertreffen am Kap zu Beginn des 19. Jahrhunderts über die zwangsweise Koexistenz mit ihnen in Transvaal, dem Zentrum der Goldindustrie und damit der wirtschaftlichen Entwicklung, bis heute ins Parlament fortgesetzt. Denn dort bilden noch heute die Nachfahren der Buren die stärkste politische Partei, die National Party, und stellen somit auch den Regierungschef.

Diese über Generationen fortdauernde Antinomie zwischen den beiden europäischen Gruppen, die Konkurrenzsituation zwischen den burisch-nationalen Interes-

sen einerseits und dem britisch-südafrikanischen und ausländischen Kapital andererseits (Buren kaufen bei Buren) und darüber hinaus die Trennung zwischen Whites und Non-Whites hat in Südafrika ein System geschaffen, das — laut Dekke — „ein Produkt ist der Etablierung einer monopsonistischen, hochkonzentrierten Industrie sowie einer staatlich forcierten Industrialisierung, welche das Entstehen einer burischen nationalen Bourgeoisie zur Folge hatte, unter der Bedingung der Unterdrückung bürgerlich-liberaler Freiheiten für die kolonisierten arbeitenden afrikanischen Massen, aber auch — wenn man das System als Ganzes betrachtet — für die weiße Gesellschaftsgruppe“ (S. 104 f.).

Es wird in dem Buch von dem „bisher überhaupt nicht beachteten Aspekt der Frage des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit in Südafrika“ gesprochen, der „die Funktion der Organisations-Struktur der Goldindustrie für die Ausbeutung der Arbeitskräfte und Etablierung der industriellen Colour Bar betrifft“, oder in dem Vorwort von dem „Fehlen einer Analyse der Bedeutung der Goldindustrie für die Herausbildung des südafrikanischen Herrschaftssystems“.

Es ist fraglich, ob diese Aspekte bisher wirklich gänzlich unbeachtet blieben bzw. ob die „fehlende“ Analyse tatsächlich nicht, auch nicht andeutungsweise erstellt wurde. Eine andere Frage ist, warum bisher niemand derlei Erkenntnisse formulieren konnte oder durfte oder ein Interesse daran hatte, laut über diese Probleme nachzudenken.

Dennoch hat die Autorin einen interessanten und wesentlichen Beitrag über das Herrschaftssystem bzw. die politischen Verhältnisse in Südafrika geliefert; interessant deshalb, weil hier in kaum zu übertreffender Direktheit und mit ehrlichem Engagement die Verhältnisse skizziert bzw. karikiert werden, und wesentlich deshalb, weil diese Analyse aufgrund der unverblünten, aber nicht unkomplizierten Argumentation die Diskussion über die südafrikanische Rassen- bzw. Klassengesellschaft aktivieren und ggf. ergänzende oder auch korrigierende Bemerkungen zu diesem Thema provozieren könnte.

Tileman Fischer

GHITA IONESCU

**Centripetal Politics: Government and the New Centres of Power**

Mac Gibbon, London, 1975, pp. 231, £ 8.50

Questions about political power in modern society have been tackled by scholars for more than a generation and from almost every conceivable angle. In the process, approaches to the study of politics have proliferated and the effectiveness analytically of a widening gamut of political units has itself become the subject of a continuing, often overriding, debate among social scientists. How much closer this has brought us to an understanding of power in modern society is open to dispute. A great deal remains indefinite and unanswered; even the concept of power can no longer be defined in a way that most social scientists would accept. As to the larger question, scholarly opinion is still deeply divided by a fundamental dialectic. Is power so diffused in modern societies as to make them ungovernable, or is it instead so concentrated as to make them by definition totalitarian?

It is to this critically important matter that the book under review is addressed. Ghita Ionescu, who is Professor of Government at Manchester University and editor of *Government and Opposition*, rests his argument on the premise that new